

Abänderungsantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags
zur Beilage 283/2016, Voranschlag des Landes Oberösterreich für das
Verwaltungsjahr 2017,
zur Budgetgruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft betreffend die
Modernisierung der Oö. Pflichtschulen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Im Teilabschnitt 21030 (Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen) wird der in der Voranschlagsstelle 1/210305/7355, Investitionsbeiträge an Gemeinden, veranschlagte Betrag von

	19.400.000,-- Euro
um den Betrag von	5.000.000,-- Euro
auf den Betrag von	24.400.000,-- Euro

erhöht.

Um den gleichen Betrag werden die im Art. III/5 bereitgestellten Mittel gekürzt.

Begründung

Ziel des Oö. Schulbauprogrammes ist es, die Modernisierung der Oö. Schulen konsequent voranzutreiben. In Oberösterreich gibt es insgesamt fast 900 Pflichtschulen, in welche von den Gemeinden als Schulerhalter und dem Land OÖ als Fördergeber kontinuierlich zu investieren ist. In der vergangenen Regierungsperiode wurden mehr als ein Drittel der Schulstandorte in das Schulbau- und Sanierungsprogramm aufgenommen. An vielen Schulen konnten Sanierungen und Modernisierungen bereits umgesetzt werden, jedoch warten immer noch zahlreiche Schulstandorte auf dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen. Um die fälligen Bau- und Sanierungsmaßnahmen ehest abwickeln zu können ist es erforderlich, im Voranschlag des Landes Oberösterreich ausreichend Mittel für die Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitzustellen. Da im Rahmen der Förderabwicklung die veranschlagte Investitionssumme über die Mittel der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden verdoppelt wird, kann mit der geforderten Erhöhung ein wichtiger Beitrag zur rascheren Abwicklung des Oö. Schulbauprogrammes geleistet werden.

Linz, am 7. Dezember 2016

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Schwarz, Böker, Mayr, Kaineder